

## **Stellungnahme zur Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zur Entwicklung der Arzneimittel-Kosten im Jahr 2022 (veröffentlicht am 7.11.2023)**

Die aktuelle Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK kommt zu dem Ergebnis, dass Umsätze und Erlöse der Pharmaindustrie in den vergangenen Jahren über allen Maßen den gewünschten Wirkungen der staatlichen Interventionen, insbesondere durch das AMNOG und zuletzt das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz, trotzen. Hieraus fordert der AOK-Bundesverband über ihren stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Jens Martin Hoyer, eine Ausgabenstabilisierung im Arzneimittelmarkt und negiert die sich in Deutschland verschlechternden Rahmenbedingungen für die Pharmaindustrie einerseits und beklagt die bedeutend schlechteren Voraussetzungen der gesetzlichen Krankenversicherungen andererseits. Um den sich verschlechternden Bedingungen der gesetzlichen Krankenversicherungen entgegenzutreten, sei laut der AOK ein anhaltend erhöhter Herstellerabschlag, die Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel sowie ein nicht inflationsbereinigtes Preismoratorium unabdingbar.

In der Tat ist zu konstatieren, dass die GKV-Leistungsausgaben im Bereich der Arzneimittel im betrachteten Zeitraum deutlich gestiegen sind, allerdings weicht die prozentuale Entwicklung der Kostensteigerungen nicht signifikant von den anderen Leistungsbereichen ab. Die Quotierung der einzelnen Leistungsaufwendungen bleibt im Zeitablauf überwiegend unverändert. 2015 machten Arzneimittel etwas über 17 Prozent, 2023 17,81 Prozent der Gesamtausgaben aus. Dem gesamtprozentualen Anstieg der Leistungsausgaben (in 2022) von 4,3 Prozent steht ein Anstieg von 4,8 Prozent im Bereich der Arzneimittel gegenüber. Beachtet man allerdings die deutsche Inflationsrate von 2022 (7,9 Prozent) und die damit einhergehend steigenden Energie- und Herstellungskosten, ist ein Preisanstieg in diesem Segment nur wenig verwunderlich. Dennoch kam es weder im Jahr 2022 noch in den Jahren zuvor zu signifikanten Preissprüngen bei Arzneimittel im Vergleich zu anderen Leistungsausgaben. Zudem darf man sich nicht dem Irrtum hingeben, dass das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz bereits 2022 einen gewichtigen Einfluss auf die Preisentwicklung hätte nehmen können. Inwieweit die „Preisentwicklung“ gestoppt werden konnte, bleibt für 2023 zunächst abzuwarten. Dementsprechend scheint die Forderung nach immer weiteren Einschnitten gegenüber der Pharmaindustrie, wenn überhaupt begründet, dann doch zu früh. Andere Leistungsbereiche der GKV, die von gesetzlichen Interventionen weitgehend verschont blieben bzw. bleiben, haben einen deutlich höheren prozentualen Kostenanstieg zu verantworten. Exemplarisch dafür stehen die Ausgaben für Heilmittel (+7,0 Prozent), Verwaltungskosten (+7,2 Prozent), Krankengeld (+8,1 Prozent), Vorsorge- und Rehabilitationskosten (+10,7 Prozent) und Fahrtkosten (+11,0 Prozent). Trotz dieser Ausgabenentwicklungen in diesen Bereichen hört man hierzu keine Forderungen für Maßnahmen zur Ausgabenstabilisierung.

Wenn dann schon die Pharmaindustrie an den Pranger der öffentlichen Meinungsbildung gestellt wird, dann darf man seine Augen nicht davor verschließen, dass die Versorgungssicherheit von Arzneimittel auch mit der Attraktivität des Standortes Deutschlands zusammenhängt. Deutschland befindet sich bereits jetzt bezüglich der Versorgung mit

Wirkstoffen in Abhängigkeit zu anderen Ländern. Weiteres Auferlegen von Regularien und Restriktionen verschlechtert die Rahmenbedingungen weiter und befeuert Überlegungen zu einem möglichen Rückzug aus Deutschland. Dieser kann sich durch die gänzliche Abwanderung der Unternehmen, aber auch durch eingestellte Investitionen für Forschung und Entwicklung äußern. Zusätzlich droht als Konsequenz weiterer Interventionen, dass innovative Medikamente gar nicht oder nur zögerlich in Deutschland eingeführt und etablierte Arzneien im Falle einer zu geringen Wirtschaftlichkeit aus dem Markt genommen werden. Eine Verschlechterung der sowieso angespannten Versorgungslage mit bestimmten Arzneien in Deutschland ist zu befürchten.

Die Forderung der AOK nach Ausgabenstabilisierung sollte sich demnach nicht nur speziell an die Pharmaindustrie richten, sondern, wenn überhaupt, an der Ausgabenentwicklung und der Ausgabenstruktur der GKV im Allgemeinen. Das Finanzierungsproblem der GKV ist beileibe nicht ausschließlich ursächlich durch die Ausgabenentwicklung für Arzneimitteln entstanden.

**Autoren:**

Prof. Dr. Ralph Tunder

Dominik Sachse